

Katholiken beider Basel starten Kampf gegen das Zölibat



Bischof Felix Gmür müsste die Botschaft aus Basel und Liestal nach Rom tragen (Foto: Chris Iseli)

Prominente Katholikinnen und Katholiken aus den beiden Basel machen Druck auf die Kirchenväter in Rom. Sie fordern die «gleichberechtigte Zulassung – unabhängig von Zivilstand und Geschlecht – zum Priesteramt». von Jürg Gohl

So steht es im Text zur Initiative, die die Persönlichkeiten ergreifen wollen. Das heisst nichts anderes als: Künftig soll das Priesteramt auch Frauen und Verheirateten offen stehen. Das Zölibat würde damit fallen.

Selbstverständlich weiss das Initiativ-Komitee, dass nicht es, sondern Rom in diesen Fragen das Sagen hat. Gleichwohl fordert es von den beiden römisch-katholischen Landeskirchen von Baselland und Basel-Stadt, dass sie einen entsprechenden Passus in ihre Verfassungen aufnehmen.

Diese Bestimmung verpflichtet die beiden Landeskirchen, auf eine gleichberechtigte Zulassung «hinzuwirken». Da sich beide Verfassungen ohnehin in Revision befinden, wäre der Zeitpunkt für eine Änderung geradezu ideal.

In der Römisch-katholischen Landeskirche Baselland sind für die angestrebte Revision die Unterschriften von 1000 stimmberechtigten Mitgliedern gefordert. Darauf hat die Synode per Mehrheitsbeschluss das letzte Wort. In Basel-Stadt sind 700 Unterschriften gefordert. Angesichts des populären Anliegens dürften diese Unterschriftenzahlen leicht und schnell zu erreichen sein.

Die beiden Initiativkomitees zählen zusammen 32 Mitglieder, beginnend mit Josef Biegger, dem ehemaligen Chefredaktor der Zeitung «Kirche heute», endend bei der Basler Kirchenrätin Franziska Zimmermann. Neben vielen namhaften Juristen und Theologen wie Denise Buser, Felix Hafner und Bruno Gutzwiller beziehungsweise Matthys Klemm, Alex Wyss und Monika Hungerbühler, Politikern wie die Basler Oswald Inglin und Anita Lachenmeier zählen zum Beispiel auch Georges Delnon, der Direktor des Theaters Basel, oder der Liestaler Kulturhistoriker Dominic Wunderlin zu den Komitees.

Ursprünglich weit früher geplant

Beide Landeskirchen verwenden in den Kernsätzen ihrer Unterschriftenbogen identische Formulierungen. Allerdings liegen diese Blätter erst in einem Entwurf verschlossen in den Schubladen der Eingeweihten. Entsprechend gross ist der Ärger bei ihnen, dass das geheime Dokument den Weg auf die bz-Redaktion gefunden hat.

Vorgesehen ist, den Aufstand der Nordwestschweizer Katholiken am 7. Juni mit einer Pressekonferenz einmal einzuläuten und mit der Unterschriftensammlung gleich zu beginnen. Vertreter der beiden Initiativkomitees geben vorher keine weiteren Auskünfte und verweisen auf die Pressekonferenz in 17 Tagen. Zu viele Fragen seien noch offen, Juristen würden noch brüten. Schliesslich ist es auch für die Landeskirche selber aussergewöhnlich, es mit einer Initiative zu tun zu bekommen.

Das ist auch der Grund, weshalb die Gleichstellungsinitiative, wie sie offiziell genannt wird, nicht schon früher, nämlich zur Fastenzeit, vorgestellt worden ist. Denn in kirchen-nahen Kreisen ist das Vorhaben schon seit Monaten, zumindest im Flüsterton, ein Thema. Auch Ivo Corvini, der Präsident der römisch-katholischen Landeskirche, kennt die Idee längst. Sie wurde im Rat aber noch nicht offiziell behandelt.

Deshalb möchte er keine Stellung beziehen. Nur so viel: «Es wäre eine hohe Ehre für unsere Landeskirche, wenn es uns gelingen sollte, auf diese Weise Einfluss zu nehmen auf Entscheide, die in Rom für die ganze Weltkirche gefällt werden.» Die Landeskirche könne nicht selber nach Rom reisen und ihre neuen Anliegen dort vorbringen. Er sagt auch, wer gemäss kirchlicher Zuständigkeit die Botengänge zwischen Liestal, Basel und Rom zu leisten hat: Bischof Felix Gmür.

(bz Basellandschaftliche Zeitung)